

4. Maßnahmen gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen ergreifen

LSBTI sind in den EU-Staaten auch Opfer menschenfeindlicher Gewalt. Es gibt keinerlei Rechtfertigung dafür, warum Gewalttaten gegen LSBTI anders behandelt werden sollten als solche aufgrund der ethnischen Herkunft. Doch die **EU-Rechtssetzung gegen Hassverbrechen richtet sich bislang allein gegen Rassismus.**

Wir brauchen dringend eine EU-weite Gesetzgebung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen, in Anlehnung an den EU-Rahmenbeschluss gegen rassistische Gewalttaten. Zudem braucht es **gewaltpräventive Maßnahmen.**

4.1 Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine EU-weite Rechtssetzung gegen homophobe und transfeindliche Hassverbrechen geben wird?

CDU/CSU



Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern sollten nach unserer Auffassung auch im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema sein. **Eine Erweiterung der Gesetzestexte um die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit halten CDU und CSU für nicht erforderlich.** Es ist nicht entscheidend, dass die sexuelle Orientierung nicht ausdrücklich genannt wird, da Homosexuelle und Transgender Teile der Bevölkerung sind. Es besteht insoweit keine Strafbarkeitslücke, als der Gesetzgeber in der Gesetzesbegründung diese Personengruppe ausdrücklich als geschützt wissen wollte.

SPD



Wir wollen eine Gesellschaft, in der es selbstverständlich ist, dass alle Menschen lieben dürfen, wen sie wollen, und ihre geschlechtsspezifische Identität in der Öffentlichkeit ohne Angst zum Ausdruck bringen können. Die SPD hat kontinuierlich gegen Homophobie und Transphobie gekämpft und wir verurteilen auf das Schärfste alle Arten von Hassdelikten und Hassreden gegen LGBTIQ-Bürgerinnen und -Bürger .

Wir fordern daher

- **die Überprüfung des Rahmenbeschlusses des Europäischen Rats zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksformen von Rassismus, damit auch Hassverbrechen und Gewalt gegen LGBTI-Personen darunterfallen.**
- die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen und Instrumente, die sich aus dem Rahmenbeschluss ergeben, und das Ergreifen zusätzlicher positiver Maßnahmen wie Polizeiausbildung, Datenerfassungsmechanismen.
- die Europäische Kommission, die FRA und CEPOL auf, ihre diesbezüglichen Arbeiten zu vertiefen und den Kampf gegen homophobe und transphobe Hassverbrechen und Hassreden in ihre Arbeit zu integrieren.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Bündnis 90/ Die Grünen



Wir wollen Präventionsprogramme stärken und langfristig absichern, weil sie wichtige Arbeit leisten, um gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit effektiv vorzubeugen. Hass und Hetze finden heute jedoch nicht mehr nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im **Internet** und in sozialen Netzwerken statt. Wir wollen, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. **Hierfür wollen wir das bereits heute im EU-Recht verankerte „Notice-and-take-down-Verfahren“ weiter konkretisieren.**

Die Linke



Hasskriminalität kann nur erkannt werden, wenn diese auch endlich in den Fokus gerät. **Hierzu sind aus Sicht der LINKEN in allen EU-Staaten eine gesonderte Erfassung von Hasskriminalität** mit trans- und homophobem Hintergrund sowie Ansprechpartner bei Polizei und Staatsanwaltschaften erforderlich. Das menschenfeindliche Motiv der Täter muss frühzeitig benannt und den Opfern Unterstützung gewährt werden. Die Staatsanwaltschaften sollten die verwerflichen Motive klar benennen. **Hasskriminalität als zusätzlichen Straftatbestand einzuführen kann dazu führen, dass ein Problembewusstsein vorgetäuscht wird, welches tatsächlich gar nicht angewandt wird.** Ein Vollzugsdefizit mit symbolischer Gesetzgebung zu begegnen ist stets problematisch. Es täuscht vor, dass ein Problem wirksam angegangen zu haben, obwohl zahlreiche weitere Maßnahmen nötig wären. **Es handelt sich vorliegend um eine Frage gesellschaftlicher Anerkennung und Sensibilisierung, insbesondere von Richter*innen, Staatsanwält*innen und Polizeibeamt*innen. Dafür streitet DIE LINKE. Dazu kommt dringend notwendige Sozialarbeit mit bereits auffälligen Jugendlichen.** Die Ächtung von Homo- und Transfeindlichkeit findet nämlich in Teilen der Gesellschaft gar nicht, in der Mehrheit nur oberflächlich statt.

AfD



In Deutschland werden Gewaltverbrechen gegen LSBTI-Bürger vor allem dann anders behandelt, wenn die Täter Muslime sind. Wir von der AfD bekämpfen aktiv das Verschweigen durch die Medien und werden das gern auf europäischer Ebene auch tun. **Die völlig überflüssige Einführung der Kategorie von „Hassverbrechen“ lehnen wir dagegen strikt ab.** Sie lenkt als abstrakter Ordnungsfilter doch nur von Problembenennung ab und bietet Tür und Tor für Zensur. **Wir brauchen also nicht in erster Linie EU-weite Gesetzgebungen** sondern in den 28 Amtssprachen der EU klare Ansagen für bestimmte Zugewandertenkreise.

FDP



Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen aus Sicht von uns Freien Demokraten auch Homophobie und Transphobie umfassen. **Das gilt auch für Regelungen zu Hassverbrechen.**



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Freie Wähler



Wir FREIE WÄHLER wollen, dass allen Menschen in Europa die gleichen Grundrechte zustehen. Nur so kann Europa auf lange Sicht stabil bleiben. Der bestehende Rechtsstaatsmechanismus muss deshalb bei Verstößen durch einzelne Mitgliedstaaten weiter gestärkt und strikt angewandt werden. Bei Regelbrüchen einzelner Mitgliedstaaten wollen wir zudem die Möglichkeit finanzieller Sanktionen im EU-Haushalt schaffen, um EU-Fördergelder

streichen zu können.

Piraten



Hassverbrechen sind in jedem Fall Verbrechen gegen Menschen und sind zu verurteilen, egal gegen wen sie sich richten. Es bedarf der konsequenten und unterschiedslosen Durchsetzung des Rechts in allen Fällen. Wir fordern **eine Erfassung der spezifischen Motive**, um daraus zukünftige Schritte abzuleiten und gezielte Gegenmaßnahmen zu formulieren.

Tierschutzpartei



Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität müssen umgehend integraler Bestandteil der Menschenrechte sein, dementsprechend in der Planung und Besetzung von Ausschüssen und Resolutionen behandelt sowie **selbstredend in der Gesetzgebung berücksichtigt** werden.

Familienpartei



Siehe hierzu Frage zwei. Insbesondere werden wir uns stark machen **für EU Richtlinien zur verpflichtenden rechtssicheren gleichen Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten.**

4.2 Wie wird sich Ihre Partei im EU-Parlament dafür einsetzen, dass homophobe und transfeindliche Gewalttaten in der EU in Zukunft wirksam und präventiv bekämpft werden?

CDU/CSU



Toleranz gegenüber Schwulen, Lesben und Transgendern sollten nach unserer Auffassung auch **im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema** sein. Eine Erweiterung der Gesetzestexte um die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit halten CDU und CSU für nicht erforderlich. Es ist nicht entscheidend, dass die sexuelle Orientierung nicht ausdrücklich genannt wird, da Homosexuelle und Transgender Teile der Bevölkerung sind. Es besteht insoweit keine Strafbarkeitslücke, als der Gesetzgeber in der Gesetzesbegründung diese Personengruppe ausdrücklich als geschützt wissen wollte.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

SPD



Wir wollen eine Gesellschaft, in der es selbstverständlich ist, dass alle Menschen lieben dürfen, wen sie wollen, und ihre geschlechtsspezifische Identität in der Öffentlichkeit ohne Angst zum Ausdruck bringen können. Die SPD hat kontinuierlich gegen Homophobie und Transphobie gekämpft und wir verurteilen auf das Schärfste alle Arten von Hassdelikten und Hassreden gegen LGBTIQ-Bürgerinnen und -Bürger.

Wir fordern daher

- die Überprüfung des Rahmenbeschlusses des Europäischen Rats zur Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksformen von Rassismus, damit auch Hassverbrechen und Gewalt gegen LGBTI-Personen darunterfallen.
- die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen und Instrumente, die sich aus dem Rahmenbeschluss ergeben, und das Ergreifen zusätzlicher positiver Maßnahmen wie Polizeiausbildung, Datenerfassungsmechanismen.
- **die Europäische Kommission, die FRA und CEPOL auf, ihre diesbezüglichen Arbeiten zu vertiefen und den Kampf gegen homophobe und transphobe Hassverbrechen und Hassreden in ihre Arbeit zu integrieren.**

Bündnis 90/ Die Grünen



Wir setzen uns dafür ein, dass **Demokratieinitiativen in allen Ländern der Europäischen Union aktiv sein können und ausreichend finanzielle Mittel** für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung gestellt bekommen. Wir wollen die Mittel für **Aufklärungsarbeit und das Programm für die Förderung von Vielfalt aufstocken**, denn nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement kann der Kampf für ein weltoffenes und demokratisches Europa und gegen den europäischen Rechtsruck gewonnen werden.

Die Linke



Siehe oben. Hier setzen wir zu allererst auf eine **Förderung der Zivilgesellschaft** und den Ausbau von Demokratie und Antidiskriminierungsprojekten.

(Hasskriminalität kann nur erkannt werden, wenn diese auch endlich in den Fokus gerät. **Hierzu sind aus Sicht der LINKEN in allen EU-Staaten eine gesonderte Erfassung von Hasskriminalität** mit trans- und homophobem Hintergrund sowie Ansprechpartner bei Polizei und Staatsanwaltschaften erforderlich. Das menschenfeindliche Motiv der Täter muss frühzeitig benannt und den Opfern Unterstützung gewährt werden. Die Staatsanwaltschaften sollten die verwerflichen Motive klar benennen. **Hasskriminalität als zusätzlichen Straftatbestand einzuführen kann dazu führen, dass ein Problembewusstsein vorgetäuscht wird, welches tatsächlich gar nicht angewandt wird.** Ein Vollzugsdefizit mit symbolischer Gesetzgebung zu begegnen ist stets problematisch. Es täuscht vor, dass ein Problem wirksam angegangen zu haben, obwohl zahlreiche weitere Maßnahmen nötig wären. **Es handelt sich vorliegend um eine Frage gesellschaftlicher Anerkennung und Sensibilisierung, insbesondere von Richter*innen, Staatsanwält*innen und Polizeibeamt*innen. Dafür streitet DIE LINKE. Dazu kommt dringend notwendige Sozialarbeit mit bereits auffälligen Jugendlichen.** Die Ächtung von Homo- und



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Transfeindlichkeit findet nämlich in Teilen der Gesellschaft gar nicht, in der Mehrheit nur oberflächlich statt.)

AfD



In Deutschland werden Gewaltverbrechen gegen LSBTI-Bürger vor allem dann anders behandelt, wenn die Täter Muslime sind. Wir von der AfD bekämpfen aktiv das Verschweigen durch die Medien und werden das gern auf europäischer Ebene auch tun. Die völlig überflüssige Einführung der Kategorie von „Hassverbrechen“ lehnen wir dagegen strikt ab. Sie lenkt als abstrakter Ordnungsfiler doch nur von Problembenennung ab und bietet Tür

und Tor für Zensur.

Wir brauchen also nicht in erster Linie EU-weite Gesetzgebungen sondern in den 28 Amtssprachen der EU klare Ansagen für bestimmte Zugewandertenkreise.

FDP



Wie zuvor dargestellt wollen wir, dass Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität engagieren, stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union gefördert werden. Außerdem wollen wir mit Unterstützung der EU ein ganzheitliches **Diversity Management** in der Arbeitswelt voranbringen, um eine Kultur der Wertschätzung und des

Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schaffen. Beides wirkt gewaltpräventiv.

Generell ist die Gewaltprävention nach der Aufgabenverteilung innerhalb der EU zunächst Aufgabe der Mitgliedstaaten. Sie können hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Freie Wähler



Grundsätzlich muss deutlich werden, dass es LSBTI-feindliche Hasskriminalität gibt und auch das Ausmaß muss sich in entsprechend geeigneter und verwertbarer Dokumentation wiederfinden, um darauf reagieren zu können. **Gerade für den präventiven Bereich ist es notwendig entsprechende Ursachen zu kennen und bereits im Rahmen von Aufklärung und Sensibilisierung hier erfolgreich gegenzusteuern.** Für Hasskriminalität darf

in keinem Mitgliedsstaat Raum bleiben.

Piraten



Homo- und Transphobie muss entschieden entgegnetreten werden, ebenso wie allen anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Dafür gilt es Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern.

Generell fordern wir, die Gewaltprävention an Schulen und in gesellschaftlichen Einrichtungen zu intensivieren.



super



ja



vage



nein



gefährlich

Tierschutzpartei



Wir fordern eine **gemeinsame EU-Erklärung** gegen sexuelle Diskriminierung und die Erhebung nationaler Daten zu Hasskriminalität, einschließlich homophober und transfeindlich motivierter Straftaten in allen Mitgliedsstaaten, sowie eine länderübergreifende Vernetzung zur Erhebung von Statistiken und Strafverfolgung, auch über die Grenzen hinaus.

Weiterhin setzen wir uns für eine stärkere Förderung bereits vorhandener oder geplanter Programme für Präventivmaßnahmen und Opferberatungen ein.

Um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung von Hassverbrechen auch im Internet zu gewährleisten, sollen Polizeibehörden hierzu spezielle Einheiten ausbilden.

Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollen verstärkte Massnahmen ergreifen, um homophobe und transfeindliche Hassreden zu bekämpfen.

Familienpartei



Siehe hierzu Frage zwei. Insbesondere werden wir uns stark machen für EU Richtlinien zur verpflichtenden rechtssicheren gleichen Ahndung homo- und transphobischen Vorfälle, wie bei rassistisch oder fremdenfeindlich motivierten Straftaten einhergehend mit einer **entsprechenden Öffentlichkeit-, Informations- und Aufklärungsarbeit.**



super



ja



vage



nein



gefährlich